

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Professor Monika Ganseforth
MdB plädiert für den Umstieg
auf Sonnenenergie: Neuer
"Atom-Frühling" würde Klima-
Schutz blockieren.

Seite 1

Dokumentation

Das Forum Umwelt und Ent-
wicklung deutscher Nichtre-
gierungsorganisationen hat
die Auswirkungen der GATT-
Übereinkunft auf Entwick-
lungsländer analysiert: Die
Gewinner und die Verlierer.
Wortlaut

Seite 3

**Neue Adresse ab
1.1.1994**
Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

48. Jahrgang / 240

16. Dezember 1993

Neuer "Atom-Frühling" blockiert Klima-Schutz Ein Plädoyer für den Umstieg auf Sonnen-Energie

Von Professor Monika Ganseforth MdB
Sprecherin der SPD-Bundestagefraktion in der Enquete-
Kommission "Schutz der Erdatmosphäre"

Die Gefahren drastischer Klimaveränderungen nehmen durch die fortgesetzte Anreicherung von treibhauswirksamen Spurengasen in der Atmosphäre weiter zu. Die Gefahr von kurzfristigen raschen Klimsprüngen und Instabilitäten des empfindlichen Zusammenspiels von Sonne, Winden, Wolken, Niederschlägen, Ozeanen und Temperaturen wird durch die Ergebnisse der Eisbohrkernuntersuchungen wahrscheinlicher. Daher darf die Atmosphäre nicht weiter als "Müllkippe" für treibhauswirksame Gase erhalten. Die Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat als Etappenziele für die weltweite Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen 20 Prozent bis zum Jahr 2005 und 50 Prozent bis 2050 gegenüber 1987 angegeben. Da die Industrieländer, die 20 Prozent der Bevölkerung umfassen, für etwa 80 Prozent der Emissionen verantwortlich sind, müssen unsere CO₂-Reduktionen größer sein.

Das hatte die Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" aufgegriffen und empfohlen, bis zum Jahr 2005 die CO₂-Emissionen in Deutschland bezogen auf 1987 um 30 Prozent zu reduzieren, ein erreichbares Ziel, das der Bundestag sich zu eigen gemacht hat. In der Enquete-Kommission war umstritten, ob es vertretbar ist, neben dieser Klimaschutzpolitik den Atomenergieausstieg zu betreiben. Denn auf den ersten Blick scheint es plausibel, daß durch Atomenergie CO₂-Emissionen "vermieden" werden. Trotz eines beispiellosen Kapitalaufwandes für die Atomwirtschaft leistet Atomenergie jedoch nur einen marginalen Beitrag zur Klimastabilisierung. Ihr Anteil an der Endenergie beträgt weltweit etwa fünf Prozent und in Deutschland gerade zehn Prozent. Ein ungleich höherer CO₂-Vermeidungseffekt würde erzielt, wenn diese Mittel für rationelle Energienutzung und die Verwendung von Solarenergie eingesetzt würden.

Jetzt zeigt sich, daß die SPD mit ihrem Ansatz Recht hatte: Das Festhalten an dem ineffizienten, großtechnologischen System der Atomenergie blockiert einen wirksamen Klimaschutz und den umfassenden Einstieg in die Solawirtschaft. Dazu kommen die nicht zu verantwortenden Sicherheitsrisiken der Atomenergie, die Gefahr der militärischen Mißbrauchsmöglichkeiten und die weltweit ungelöste Entsorgung des Atommülls.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presschaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Durch ihre inneren Systemzusammenhänge verhindert die Atomenergienutzung die Entwicklung umweltverträglicher Energiesysteme. Drei Jahre nach den Beschlüssen des Bundestages und nach den Verpflichtungserklärungen der Bundesregierung zum Klimaschutz, wurden bisher keine wesentlichen Maßnahmen ergriffen. Jedoch haben einige Bundesländer, die den Ausstieg aus der Atomenergie betreiben, CO₂-Minderungskonzepte erstellt. Sie fördern rationelle Energienutzung, richten Energie-Agenturen ein, gewähren Subventionen für energiesparende Investitionen oder für erneuerbare Energien und machen Auflagen für landeseigene Gebäude und den sozialen Wohnungsbau. Mehr als 70 Städte und Gemeinden sind dem Klimabündnis zum Erhalt der Atmosphäre beigetreten, mindestens 50 haben CO₂-Minderungskonzepte erarbeitet und teilweise beachtliche Anstrengungen zum Klimaschutz unternommen.

Auch im Ausland gilt: Erst Beschlüsse zur Beendigung der Atomenergienutzung hatten durchgreifende wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz und für eine umweltverträgliche Energieversorgung zur Folge. Das gilt für die Windenergie in Dänemark ebenso, wie für die Niedrigenergiebauweise in Schweden, die Solarkollektoren in Österreich und das erfolgreiche Schweizer RAVEL-Programm (Rationelle Verwendung von Elektrizität). Die Forderung nach einem neuen 'Atom-Frühling' geht an der entscheidenden Aufgabe jeder Klimaschutzpolitik vorbei. Das Großkraftwerk- und Verbundsystem Atomkraft ist auf ständige Vollausslastung, schnelle Abschreibung des eingesetzten Kapitals und expansiven Stromabsatz ausgerichtet und kann nur einen sehr niedrigen Wirkungsgrad der eingesetzten Energie erreichen.

Fazit: Bei einer Beibehaltung des heutigen Systems der Energieversorgung ist eine Klimakatastrophe nicht zu verhindern. Klimaschutzpolitik muß vor allem die Voraussetzungen schaffen, um die auch von der Enquete-Kommission (für die alten Bundesländer) ermittelten Einsparpotentiale umfassend zu nutzen: gesicherte technische Einsparpotentiale; Solaranteil bis 2005 (je nach Preis); Verzicht auf Energieleistungen; Verzicht auf energieintensive Verpackung.

Hierfür sind politische Entscheidungen notwendig, die, wie auch die Klima-Enquete feststellt, eine grundsätzliche Neuordnung der Energieversorgung in Richtung auf Energieeinsparung und Energiedienstleistung erfordert. Daraus ergibt sich die zentrale These: Erst mit dem Ausstieg aus dem großtechnologischen System Atomenergie ist der umfassende Einstieg in eine umweltverträglichere Energieversorgung möglich. Dafür müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. 1990 hatte die Bundesregierung beschlossen, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 bezogen auf 1987 um 25 bis 30 Prozent zu reduzieren. Nach drei Jahren stehen wirksame Maßnahmen immer noch aus.

Die Energie der Zukunft heißt Sonnenenergie

Der von der Bundesregierung vorgelegte 'Gesetzentwurf zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes' widerspricht einer effektiven Klimaschutzpolitik. In der Begründung wird zwar gesagt, daß eine "sparsamere und rationellere Energieverwendung sowie eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien aus energie- und umweltpolitischen Gründen notwendig ist", im Gesetzentwurf geht es aber nur um die unsinnige Verknüpfung von der Finanzierung der Steinkohle mit der Atomenergienutzung. Die Energie der Zukunft heißt Sonnenenergie. Mit der Eröffnung der ersten Kohlegrube in England wurde die Nutzung fossiler Energien (Öl, Gas, Kohle) eingeleitet. Seit einigen Jahrzehnten wird die Atomenergie genutzt. Beides sind Übergangsenergien, die durch die hocheffiziente Nutzung der Sonnenenergie (Wind, Sonne, Wasser) abgelöst werden. Auch aus industriepolitischen Gründen muß der Schwerpunkt der Energieforschung und der Energiepolitik der Effizienzsteigerung und der verstärkten Nutzung der Sonnenenergie gelten. Das gilt für die Energiewandlung und alle Formen der Energienutzung (Strom, Wärme, Mobilität).

Wenn es wieder zu Gesprächen über die zukünftige Energiepolitik mit verlässlichen Rahmenbedingungen und breiter gesellschaftlicher Akzeptanz geht, muß dieses der Schwerpunkt sein.

(-/16. Dezember 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Gewinner und die Verlierer

Die Auswirkungen der Uruguay-Runde des GATT auf Entwicklungsländer hat die Arbeitsgruppe Handel, Umwelt und Entwicklung des Forum Umwelt und Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen analysiert.

Die meisten Kommentatoren scheinen sich einig: Der erfolgreiche Abschluß der GATT-Verhandlungen ist unumgänglich, um der rezessionsgeschüttelten Weltwirtschaft die dringend benötigten Impulse für die Genesung zukommen zu lassen. Für den Zehnjahreszeitraum bis zum Jahre 2002 prognostiziert die OECD Nettowohlfahrtsgewinne in einer Größenordnung von 213 bis zu 274 Milliarden US-Dollar als Balsam für die Wirtschafts- und Finanzpolitiker der Industrieländer. Die Prognosen ähneln jedoch sehr stark den allzu hoffnungsfrohen Schätzungen der Wachstumssteigerungen des EG-Binnenmarktes im Cecchini-Bericht. In der Tat werden die in der Uruguay-Runde verabredeten Maßnahmen zum Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse helfen, Kosten zu senken, die Effizienz zu erhöhen und insgesamt den Außenhandel zu steigern.

Schaut man die Schätzungen der OECD jedoch genauer an, dann wird deutlich, daß die Gewinne fast ausschließlich den Industrieländern zu Gute kommen werden. Rund 180 Milliarden der prognostizierten Nettowohlfahrtsgewinne werden in den OECD-Ländern erzielt werden. Sicherlich ist es immer schwierig auf so hochaggregiertem Niveau die Gewinne und Kosten einigermaßen exakt zu berechnen. Die Daten müssen deshalb mit großer Vorsicht betrachtet werden. Doch aller Unsicherheit zum Trotz, ist der Trend offensichtlich: Der Anteil der Entwicklungsländer an den gesamten Wohlfahrtsgewinnen wird vergleichsweise niedrig sein. Zwischen 30 und 70 Milliarden, lauten die Schätzungen der OECD.

Hauptquelle der Gewinne für die Länder des Südens sollen die Liberalisierungen im Agrar- und im Textilsektor sein. Doch ist gerade bei diesen beiden Bereichen der erhoffte Effekt noch sehr unsicher. Denn die noch in letzter Minute verhandelten Veränderungen des Blair-House-Abkommens lassen die Chancen für die Agrarexportnationen erheblich sinken, überhaupt spürbare Steigerungen ihrer Exporte zu erzielen. Für viele der ärmsten Länder, insbesondere in Afrika, werden erst gar keine Gewinne vorausgesagt. Vor allem die nahrungsmittelimportierenden Staaten, oft identisch mit den ärmsten Staaten (mit der Ausnahme von China) werden zu den Verlierern gehören. Für Afrika etwa sagen die OECD-Studien Verluste von über zwei Milliarden US-Dollar bis zum Jahre 2002 voraus. Die OECD macht in ihrer eigenen Abschätzung diesen Ländern dennoch Mut, indem sie darauf hinweist, daß die Liberalisierung langfristig auch für arme Länder - nach einem schmerzhaften Anpassungsprozeß - dazu führen kann, daß ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzielt werden kann; doch bedeutet dieses "langfristig" auf jeden Fall nach 2002 - für arme Staaten und vor allem für die armen Teile der Bevölkerung eine lange Zeit. Nicht grundlos bangen zudem die Länder des Lome-Abkommens der EU in Afrika, im Pazifik und in der Karibik, die mit wenigen Ausnahmen wirklich zu den den Ärmsten gehören, um ihre bisherigen Vorteile bei der Belieferung des EU-Binnenmarktes.

Die Interessen der Entwicklungsländer wurden kaum berücksichtigt

Wie bei allen vorhergehenden GATT-Runden werden auch in der Uruguay-Runde tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut. Doch das Gesamtergebnis der achten Runde kann kaum als Freihandelsabkommen beschrieben werden. Zuviele Ausnahmen, Sonderregeln, Vorbehalte et cetera werden auch nach der Uruguay-Runde fortbestehen. Liberalisiert wird vor allem in den Bereichen, in denen die Industrieländer besondere Interessen haben, wie dem Handel mit Dienstleistungen. Wie schwierig es ist, Zugeständnisse der Industrieländer beim Marktzugang für Produkte von Entwicklungsländern zu erhalten und wie unzureichend diese Zugeständnisse sind, wird an den für die Länder des Südens besonders interessanten Verhandlungsbereichen des Agrarhandels und des Textilhandels deutlich.

Gerade aus Sicht der Entwicklungsländer läßt sich formulieren, daß das GATT eher ein Abkommen ist, das festlegt, welche Handelsbeschränkungen erlaubt sind und welche nicht. Die Verhandlungsmacht

der Industrieländer hat sich vor diesem Hintergrund auch in der Uruguay-Runde durchgesetzt. Während die Entwicklungsländer sehr weitreichend Märkte für Dienstleistungen aber auch für Agrarprodukte öffnen müssen, die geistigen Eigentumsrechte (vor allem Patente der Industrieländer) anerkennen müssen, sind die Zugeständnisse an diese Länder eher bescheiden. Die Vielfalt der Verhandlungsgegenstände und die Komplexität der Inhalte macht es unmöglich an dieser Stelle die Ergebnisse im Detail zu analysieren. In der Folge sollen zumindestens einige für Entwicklungsländer besonders relevante Ergebnisse zusammengefaßt werden:

Beispiel Agrarverhandlungen:

Daß nicht die ärmsten Entwicklungsländer von den Agrarverhandlungen der Uruguay-Runde profitieren werden, sondern vor allem die USA, Kanada, Australien und begrenzt auch Argentinien, war vielen Beobachtern schon länger klar; ebenfalls, daß dieser zusätzliche Anbau von Agrarexportkulturen wesentlich auf Kosten von Menschen und Umweltressourcen in Thailand, Brasilien, Indonesien et cetera ausgeweitet wird.

Gerade im Agrarbereich wird dem Norden auch weiterhin ein großer Teil seines Schutzpotentials erhalten bleiben. Um 21 Prozent in der Menge und um 36 Prozent im Wert sollen laut Blair-House-Abkommen die Agrarsubventionen in den nächsten sechs Jahren abgebaut werden. Dies bedeutet im Umkehrschluß, daß allein 64 Prozent der Subventionen auch in Zukunft gezahlt werden können. Der Betrag ist zu gering um substantiell das Dumping der USA und der EU auf den Agrarmärkten tatsächlich zu beenden oder zu begrenzen. Die erhoffte Steigerung der Weltmarktpreise - erhofft vor allem von den Agrarexporturen unter den Entwicklungsländern - wird dementsprechend bescheiden ausfallen. In den Nachverhandlungen der letzten Tage wurde zudem der Referenzzeitraum für die Berechnung der Kürzung von 1986 bis 1990 auf 1992 verschoben. Allein dadurch kann die EG in den nächsten sechs Jahren zusätzlich acht Millionen Tonnen Getreide, 362.000 Tonnen Rindfleisch, 253.000 Tonnen Geflügelfleisch, mehr Milchprodukte und Tabak subventioniert exportieren. Die 25 Millionen Tonnen Getreidelagerbestände werden ebenfalls nicht in den Reduzierungsplan einbezogen, können weiterhin exportiert werden und werden dadurch mögliche Gewinne der anderen Agrarexportnationen verkleinern.

Teil des Blair-House-Abkommens war zudem das Zugeständnis, daß alle Länder ihre Agrarmärkte um drei bis fünf Prozent öffnen müssen. Jedem Land ist es allerdings freigestellt, diese Marköffnung für bestimmte Produkte festzulegen. Größere Teile des EU-Marktes sind bei den Nachverhandlungen bereits für einen besseren Marktzugang von US-Agrarprodukten reserviert. Die Friedensklausel, die das Blair-House-Abkommen zudem enthält, legt fest, daß für die kommenden sechs Jahre kein Land gegen diese Bestimmungen ein Streitverfahren eröffnen kann. Dies gilt auch für Entwicklungsländer, die zum Teil erst in einigen Jahren die konkreten Auswirkungen des Abkommens spüren und dann keine Möglichkeit mehr haben werden, dagegen zu protestieren.

Symbolisch für die Verhandlungsdynamik und die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer ist sicherlich das Ende der Agrarverhandlungen in der Uruguay-Runde. Der neue Agrarkompromiß zwischen der EU und den USA ist nur wenige Tage vor dem Ende der gesamten Verhandlungen bilateral ausgehandelt worden. Für alle anderen beteiligten Staaten bleibt weniger als eine Woche Zeit, überhaupt noch zu reagieren. Gerade die Entwicklungsländer haben bei diesen Nachverhandlungen des Blair-House-Abkommens zusätzliche Einbußen hinnehmen müssen, doch können sie faktisch nicht mehr auf Nachverhandlungen bestehen, wollen sie nicht wegen der Zeitknappheit das Scheitern des ganzen provozieren.

Beispiel Rohstoffmärkte:

Die Uruguay-Runde wird auch nicht die Aussichten für die Rohstoffexporte von Entwicklungsländern verbessern. Die Abschätzungen für deren Entwicklung sagen im Gegenteil gerade für wichtige Exportkulturen, wie Kaffee und Kakao einen teilweise erheblichen Rückgang der Exportpreise voraus (Kaffee 6,1 Prozent und Kakao vier Prozent).

Beispiel Zölle für verarbeitete Agrar- und Tropische Produkte:

Ebenfalls unbefriedigend sind die Absenkungen für Zölle und die Reduktion von Handelsbeschränkungen für verarbeitete Agrarprodukte und für verarbeitete tropische Produkte aus Entwicklungsländern.

Die Praxis der Zolleskalation, das heißt die mit der Verarbeitungsstufe steigende Zollbelastung von Produkten, wird weiterhin bestehen.

Beispiel Textilabkommen:

In der Verhandlungsgruppe über den Textilhandel konnte zumindestens vereinbart werden, daß in zehn Jahren das Multifaserabkommen auslaufen wird. Zum Schluß der Verhandlungen konnte noch verhindert werden, daß diese Frist um weitere drei Jahre (von den USA) verlängert wurde.

Beispiel Schutz geistigen Eigentums:

Die Uruguay-Runde könnte durch die Ergebnisse der Verhandlungsgruppe über den Schutz des geistigen Eigentums dazu führen, daß die Kosten der Bauern in aller Welt für Agrarinputs, vor allem Saatgut, steigen werden. Über eine halbe Million Kleinbauern demonstrierten in den letzten Tagen in Indien gegen die Einbeziehung von Saatgut in die Patentschutzverordnungen, die zukünftig den nicht-kommerziellen Austausch von Saatgut und die lokale Weiterzüchtung verhindern könnte.

Pharmahersteller aus verschiedenen Entwicklungsländern haben sich im September in Indien getroffen, um gegen die Ausweitung des Patentschutzes von Medikamenten in Entwicklungsländern zu protestieren. In Indien wurden Patente bislang nur dann für Medikamente vergeben, wenn diese auch in Indien hergestellt wurden. Zudem wurden nur Patente auf Produkte, nicht aber auf Herstellungsverfahren anerkannt.

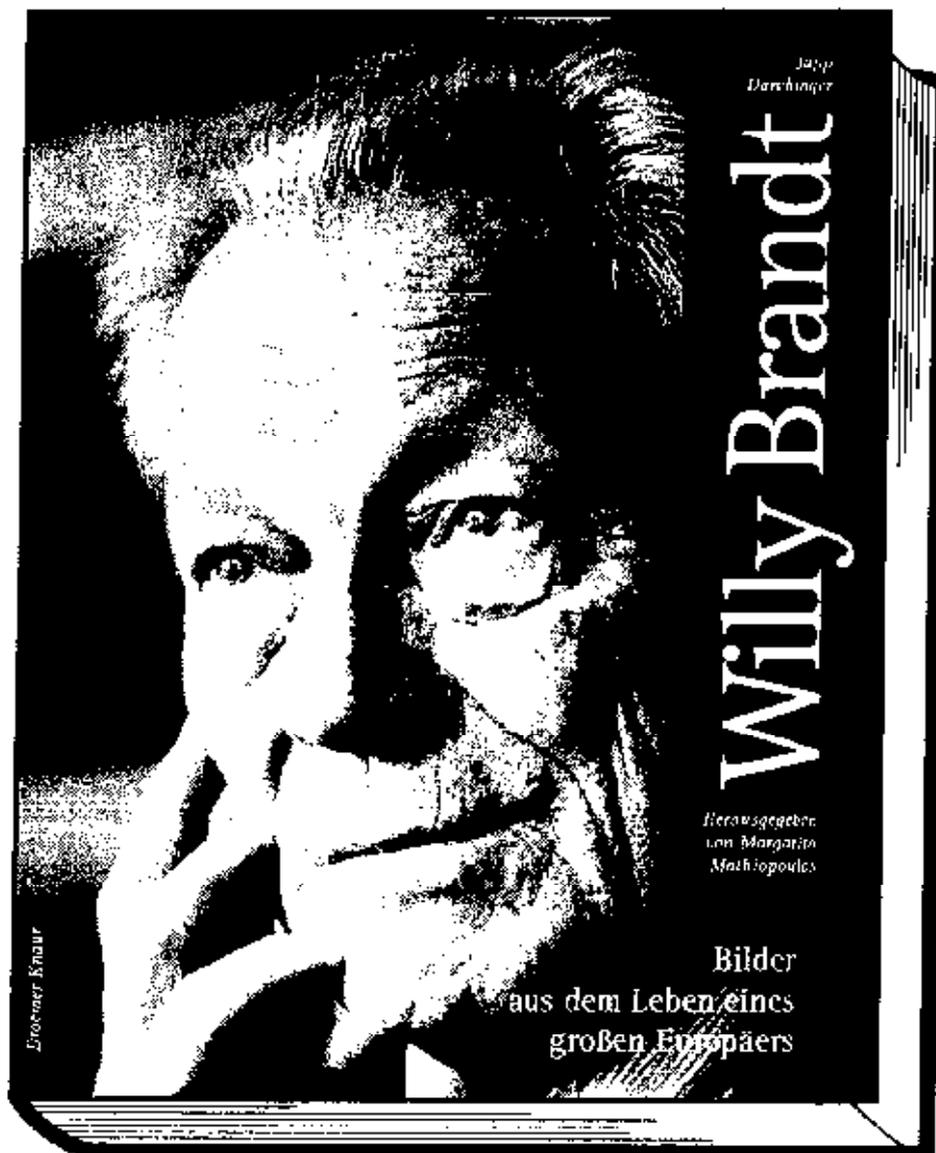
RESÜMEE

Die Arbeitsgruppe "Handel, Umwelt und Entwicklung" bewertet die Ergebnisse der achten GATT-Runde insbesondere auch unter Einbeziehung der im Juni 1992 in Rio bekräftigten Zielsetzung einer "nachhaltigen Entwicklung" (sustainable development) als völlig unzureichend. Umweltaspekte und Umweltauswirkungen wurden in der Uruguay-Runde überhaupt nicht behandelt. Obwohl seit 1988 von Umweltorganisationen eingefordert, wurden diese Themen mit dem Hinweis auf den Zeitdruck der Verhandlungen, nicht aufgenommen.

Auch aus der Sicht des Großteils der Entwicklungsländer sind die erzielten Ergebnisse in keiner Weise zufriedenstellend, sondern eher enttäuschend. Die Förderung einer gleichberechtigten Teilnahme von Entwicklungsländern am internationalen Handel kann aus den Ergebnissen nicht abgelesen werden. Zu stark wurden Verhandlungsinhalte und Verhandlungsführung von den Interessen der Industrieländern dominiert. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe "Handel, Umwelt und Entwicklung" muß demgegenüber dringend weiter darüber verhandelt werden, an welchen Stellen eine weitergehende Liberalisierung notwendig ist, um umwelt- oder entwicklungsschädigende Handelshemmnisse abzubauen. Gleichzeitig muß deutlich thematisiert werden, daß zur Wahrung elementarer Schutzziele (Klima, Regenwald, Artenvielfalt sowie Ernährungssicherheit und Existenzrechte von Kleinbauern) Eingriffe in den Handel gerechtfertigt sein können. Diese Ausnahmen müssen allerdings an klare Kriterien, Grundsätze und Regeln gebunden werden, die sich einerseits an den Prinzipien "nachhaltiger Entwicklung" sowie den Erfordernissen der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte orientieren müssen und zudem für alle beteiligten Staaten transparent und nicht-diskriminierend ausgestaltet sein müssen, um einer mißbräuchlicher Verwendung (Stichwort: Ökoprotektionismus) vorzubeugen.

Deshalb fordert die Arbeitsgruppe zum Abschluß der Uruguay-Runde eine Ministererklärung, in der sich die Regierungen verpflichten, umgehend nach Abschluß der jetzigen Verhandlungsphase, erneute Verhandlungen zu beginnen, die in besonderer Weise die ökologischen, sozialen und wettbewerbspolitischen Fragestellungen behandeln. Dabei müßten dann die Interessen der Länder des Südens besonders berücksichtigt werden.

(-/16. Dezember 1993/rs/ks)



In memoriam Willy Brandt zum 80. Geburtstag

•Wer den Politiker Willy Brandt kennenlernen will, der hat mit diesem Buch eine gute Möglichkeit. Wer ihn schon kennt, der wird – wie ich – sich an vieles wieder und an manches neu erinnern können. Ein tolles Buch. •

Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Niedersachsen

•Es ist gut, daß sich dieserschöne Band durch Inhalt, Stil und Titel dem Versuch einer posthumen Nationalisierung Willy Brandts entgegenstellt. Er war der Staatsmann, der seinen Landsleuten zurief, daß ein guter Deutscher kein Nationalist sein könne. Sein Leben war ein europäisches Schicksal, seine Politik war ein europäisches Werk. •

Miros Harepprecht, Berater und Chef der Schreibstube unter Willy Brandt

•Ein gelungener Fotoband – Jupp Darchinger hat mit eindrucksvollen Bildern wesentliche Stationen Willy Brandts Leben festgehalten; Margarita Mathiopoulos erläutert sie mit einfühlsam ausgesuchten Texten. •

Dr. Herta Daubler-Ganella, MdB, 1. Vorsitzende der SPD

•Ein aufregendes, ein spannendes Buch. •

Frank Sommer, Pressesprecher der SPD von 1966 bis 69

264 Seiten, durchgehend
mit s/w-Fotos, Format 25 x 31 cm,
Leinen, DM 98,-

**Droemer
Knauer®**